

31.10.2010

"Nur fünf Prozent der Bildungsreform"

Die Jamaika-Koalition rückt zunehmend von der Einführung des fünften Grundschuljahres ab

Der Widerstand in der Öffentlichkeit gegen das fünfte Grundschuljahr ist massiv. Ein Grund wohl auch, weshalb die Fraktionsspitzen von Grünen, CDU und FDP den Stellenwert des Projektes jetzt klein reden.

Von SZ-Redakteur Oliver Schwambach

Saarbrücken. Nein, das Wunschkind der Jamaika-Koalition war es nie, das fünfte Grundschuljahr. Auch bei Eltern, Lehrern und Schülern gab's kaum Beifall für das auf Betreiben der Grünen im Koalitionsvertrag fixierte Projekt. Und die Kommunen fürchten die Kosten. Saarbrückens Oberbürgermeisterin Charlotte Britz (SPD) forderte gestern: Stoppt das Vorhaben (siehe Infobox).

Nun, auch in der Regierungs-Koalition selbst geht man zu dem Vorhaben mehr und mehr auf Distanz. "Das fünfte Grundschuljahr ist nicht der wesentliche Teil der Bildungsreform. Es ist ein wichtiger Baustein, mehr aber nicht", tat Grünen-Fraktions- und Landeschef Hubert Ulrich gestern in der Landespressekonferenz kund. Überraschend. Ist es doch der grüne Bildungsminister Klaus Kessler, der die Schulstrukturreform energisch vorantreibt. Erst vorige Woche gab er zur Bildungsreform eine Regierungserklärung ab, warb für das fünfte Grundschuljahr. (Für eine Stellungnahme war Kessler gestern nicht zu erreichen.) Aber auch Ulrichs Co-Vorsitzende Claudia Willger-Lambert justierte die Prioritäten: Hauptanliegen der Grünen sei nicht das fünfte Grundschuljahr, sondern die Umsetzung des längeren gemeinsamen Lernens.

CDU-Fraktionschef Klaus Meiser stufte ebenfalls die Bedeutung des fünften Grundschuljahres klein ein. Gewiss sei es "draußen das mestdiskutierte Projekt". Tatsächlich mache es aber "nur fünf Prozent der gesamten Bildungsreform aus". Nicht zuletzt hatte Ministerpräsident Peter Müller am Wochenende öffentlich erklärt: Gegen den Willen der Bevölkerung werde man das fünfte Grundschuljahr nicht durchsetzen.

Was aber bleibt dann noch vom per Koalitionsvertrag verbrieften schwarz-gelb-grünen Bildungsziel des längeren gemeinsamen Lernens, außer dem Kooperationsjahr zwischen Grund- und weiterführender Schule? Eine gemeinsame Orientierungsstufe im fünften und sechsten Schuljahr, sei denkbar, so der FDP-Fraktionsvize Christian Schmitt.

Wenig Überraschung bei der Opposition über den derzeitigen Jamaika-Kurs. "Das fünfte Grundschuljahr war ohnehin ein fauler Kompromiss dieser Regierung", erklärte SPD-Fraktionsvize Ulrich Commerçon. Linken-Fraktionschef Oskar Lafontaine folgerte: "Die Grünen sind mit ihren Vorstellungen aufgelaufen. Sie haben jetzt kein Druckpotenzial mehr in dieser Koalition."

Nächste Woche Mittwoch wollen sich übrigens alle Fraktionen des Landtags auf Einladung der CDU mit Bildungsminister Kessler zu einem Bildungstreffen zusammenfinden. Ob das fünfte Grundschuljahr da noch ein großes Thema ist?

Meinung

Minister auf verlorenem Posten

Von SZ-Redakteur Oliver Schwambach

Es scheint, dass Bildungsminister Klaus Kessler der Letzte ist, der überhaupt noch energisch für die Einführung des fünften Grundschuljahres streitet. Dass nun auch die Spitze seiner eigenen Partei, der Grünen, das einst so hochgehaltene Projekt klein redet, muss den engagierten Bildungspolitiker frustrieren. Aber die Jamaika-Koalition kann es sich derzeit schlicht nicht leisten, das ungeliebte Thema durchzuboxen. Zu groß ist die Ablehnung, zu sehr müssten vor allem CDU und FDP fürchten, dass ihnen der Wähler dies langfristig übel nimmt. Immerhin: viele Eltern, Lehrer und Schüler dürfte der taktische Rückzug Jamaikas freuen.

Hintergrund

Die Saarbrücker Oberbürgermeisterin Charlotte Britz (SPD) forderte gestern, die Jamaika-Koalition solle ihre Pläne für das fünfte Grundschuljahr sofort stoppen. 14 Millionen Euro, so Britz, müsse die Stadt Saarbrücken mindestens investieren, wenn das Land das fünfte Grundschuljahr einführe. Peter Strobel, CDU-Fraktionschef im Stadtrat, schloss sich der Kritik an. sm

Beitrag vom: 31.08.2010